

# Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

[www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de](http://www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de)

Ausgabe November 2022

**Hinweis:** Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausclick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

**Einladung:** Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikelvorschläge (mit Link) an: [info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de](mailto:info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de) (Betr.: "BB-Artikelvorschlag"). Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

## Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Till-Reimer Stoldt: Schüler in Gefahr?**
- **Hans-Christof von Sponeck: Was braucht es, um die UNO vom Joch der Geopolitik zu befreien?**
- **Karin Leukefeld: Die Rolle der Medien in bewaffneten Konflikten**
- **Ulrich Heyden: Scharfer Wind aus dem Bundestag**
- **Nils Werner: ... die Sowjetunion über den Tisch gezogen?**
- **Welt.de: Archivfund bestätigt Sicht der Russen bei NATO-Osterweiterung**
- **Wladimir Putin: Rede zur Unterzeichnung der Aufnahmeverträge zu den ... Donezk und Lugansk sowie ... Saporoschje und Cherson in die Russische Föderation**
- **Lou Marin: In meinem unmittelbaren Umfeld hat mich niemand dafür kritisiert**
- **Hintergrund: Forderungen nach Deeskalation und Frieden**
- **Tagesschau: Mehr diplomatische Initiativen gefordert**
- **Gabr. Krone-Schmalz: Vortrag: Russland und die Ukraine**
- **Guy Mettan: Die Ukraine und der Zusammenbruch der westlichen Werte**
- **Guido Biland: Beim Ukraine-Krieg geht es auch um den Dollar als Leitwährung**
- **Christian Kreiß: Des einen Leid, des anderen Freud'**
- **Eberh. Hamer: Sind deutschen Politikern die Wähler egal?**

Zitat des Monats von [Johan Wolfgang von Goethe](#):

**Ein Einzelner hilft nicht,  
sondern wer sich mit vielen zur rechten Stunde vereinigt.**

## Editorial

Wir beginnen diese Ausgabe mit einem pädagogischen Beitrag, der die **Bedeutung des Lehrers** betont entgegen der allgemeinen Digitalisierungseuphorie.

Im nächsten Beitrag fordert der ehemalige langjährige UN-Mitarbeiter von Sponeck, dass die **UNO ihre Aufgaben unabhängig** von der Weltpolitik der Großmächte ausführen sollte und präzisiert dazu Vorschläge. Karin Leukefeld fordert Neutralität bei der Berichterstattung auch aus Kriegsgebieten und kritisiert die **Rolle der Medien** auf diesem Gebiet. Es ist zu befürchten, dass die existierende Einseitigkeit der veröffentlichten Meinung durch eine **Neufassung des § 130 StGB** (Beitrag Heyden) noch verschärft werden wird.

Den Themenblock **Ukrainekrieg** beginnen wir in zwei Beiträgen mit einem Rückblick auf die Verhandlungen zur deutschen Einheit, bei deren Abschluss die **Sowjetunion über den Tisch gezogen** worden ist. Danach dokumentieren wir die **Rede Putins** anlässlich der Aufnahme der Donbass-Gebiete in die Russische Föderation, damit jeder sich selbst ein Bild über die russische Seite des gegenwärtigen Krieges machen kann. Ein weiterer Beitrag (Lou Marin) macht auf die **Kriegsdienstverweigerer** in der Ukraine aufmerksam.

Auch im Westen gibt es Stimmen, die nach **Deeskalation und Diplomatie** rufen: Von einem ehemaligen US-Generalstabschef bis zur deutschen Friedensbewegung gibt es entsprechende Aufrufe. Der SPD-Fraktionschef im Deutschen Bundestag Rolf Mützenich positioniert sich so deutlich gegen die Regierungspolitik, wie es ihm möglich erscheint. Und Gabriele Krone-Schmalz setzt sich bei ihren öffentlichen Auftritten persönlichen Angriffen aus, weil sie weiterhin an die Sicherheitsinteressen Russlands erinnert.

Guy Mettan beklagt den **Zusammenbruch der westlichen Werte**, den er durch die westliche Politik der letzten Jahrzehnte selbst verursacht sieht, und Guido Biland verweist auf das **Motiv der Dollarstabilisierung als Leitmotiv** der US-Weltpolitik. Dort ist auch der von Christian Kreiß thematisierte **Wirtschaftskrieg** einzuordnen, den die USA nicht nur gegen Russland, sondern auch gegen Deutschland führen. Am Ende kommentiert Eberhard Hamer die Aussage unserer Außenministerin, dass es sie nicht interessiere, **was die Wähler denken und wollen**.

[Inhalt](#) ↑

### ● Till-Reimer Stoldt: **Schüler in Gefahr?**

Lehrerverbände fordern von der Politik rote Linien hinsichtlich der Digitalisierung an den Schulen zu ziehen. Risiken der digitalisierten Schule seien der hiesigen Schulpolitik kaum ein Wort wert. Seit Jahren warnt insbesondere der für Gymnasien und Gesamtschulen zuständige Philologenverband vor "naiver Digitalisierung". Der Verband versucht mit einem Gutachten von Kal-Heinz Dammer die NRW-Schulministerin Dorothee Feller von dem Festhalten an dem unter ihrer Vorgängerin verabschiedeten Strategiepapier abzubringen. Feller hat jüngst geäußert, NRW müsse "es hinbekommen, dass in den Schulen mehr digitaler Unterricht eingeübt wird, dass er auch vor Ort stattfindet. Ich persönlich glaube, wenn es vor Ort gelingt, dass die Lehrerinnen und Lehrer mehr digitalen Unterricht machen, führt das letztendlich zu einer Entlastung bei den Lehrkräften."

Dammer stellt hier die Meta-Studie von John Hattie dagegen, nach der [Lernerfolg "in erster Linie von fachlichen, pädagogischen, didaktischen, lernpsychologischen Kompetenzen der](#)

Lehrkraft abhängt“. Dammer kritisiert beim Einsatz sogenannter “Learning Analytics“, also von Computerprogrammen, dass die zentrale Rolle der Lehrpersönlichkeit verloren gehe und die Kinder transparent werden. Der Pädagoge Klaus Zierer bilanziert nach Till-Rainer Stoldt im wohl umfassendsten Studien-Überblick zu Auswirkungen digitalen Unterrichts auf den Lernerfolg: Ob in Mathe, Naturwissenschaften oder Lesen, stets schadet Schülern demnach digitalisierter Unterricht mehr als er nutzt. Studien der OECD und der Vodafone-Stiftung kamen für die Lesefähigkeit zu ähnlichen Ergebnissen.

Till-Reimer Stoldt, studierte Neuere Geschichte, Politik, Philosophie und ist seit 2003 Politik-Redakteur bei der Zeitung Welt / Welt am Sonntag. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

#### ● Hans-Christof von Sponeck: **Was braucht es, um die UNO vom Joch der Geopolitik zu befreien?**

Nach Hans-Christof von Sponeck haben Stalin, Roosevelt und Churchill in einer “machiavellistische Verschwörung“ ihre individuellen Machtinteressen durch ihr Vetorecht im UN-Sicherheitsrat abgesichert. Kurz danach zeigte sich, dass “der Westen politisch erheblich mächtiger, wirtschaftlich und finanziell viel stärker und außerdem bestens vorbereitet für Führungsansprüche“ war. So kommt es, dass das gesamte UN-System im Westen angesiedelt ist. Durch das Vetorecht wird der UNO bis heute “weitgehend die Handlungsfreiheit genommen, die ihr die UN-Charta zugeordnet hat und die sie braucht, um ihren Auftrag für weltweiten menschlichen Fortschritt zu erfüllen“. Der Wandel der Welt hin zu einer echten Völkergemeinschaft entsprechend den Forderungen der UN-Charta hält von Sponeck für unumgänglich, wird aber durch die fünf Vetomächte blockiert. Um diesen Wandel zu erreichen, müssten die Vetomächte vom Recht der Macht ablassen und der Macht des Rechts zustimmen, d.h. “geopolitischer Egoismus, Unilateralismus und Straflosigkeit durch Kompromiss- und Konvergenzbereitschaft und Rechenschaftsverpflichtung für alle ersetzt werden“. Von Sponeck räumt ein, dass dieser Wandel nicht schnell kommen wird, aber erfolgen wird.

Hans-C. von Sponeck, Jg. 1939, studierte Geschichte, Demographie und Kulturanthropologie; war von 1968 bis 2000 in verschiedenen Funktionen der UNO tätig. 1998 wurde er UN-Koordinator für humanitäre Hilfe im Irak; 2000 trat er aus Protest gegen die Sanktionspolitik des UN-Sicherheitsrates zurück, die er verantwortlich für das Sterben mehrerer hunderttausender irakischer Kinder machte. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

#### ● Karin Leukefeld: **Die Rolle der Medien in bewaffneten Konflikten**

Leukefeld beginnt mit den beispielhaften Berichten des Schriftstellers Armin T. Wegner und des Theologen Johannes Lepsius zum Völkermord an den Armeniern aus dem Jahre 1916. Damals dauerte der Transport auch der Kriegsberichte sehr lange. Wo die Militärs den Zugriff hatten, wurden die Informationen verboten und beschlagnahmt. Nach 1945 beschleunigte sich die Informationsübertragung. Die Kriege kamen quasi ins Wohnzimmer. Manchmal wurden dadurch die Proteste gegen das Kriegsgeschehen so massiv, dass ein Krieg beendet werden musste, wie im Vietnamkrieg. Aber vieles wurde von den meist westlich ausgerichteten Medien unzureichend oder durch Interessen verfälscht berichtet. Bald wurden Direktübertragungen möglich, aber es wurden auch zunehmend Bilder und Berichte vom Militär selbst und von beauftragten PR-Agenturen produziert.

Als dann die digitalisierte Informationsübermittlung u.a. durch Satelliten weiter beschleunigt wurde, wurde dies nicht nur von den Journalisten genutzt, sondern auch von den Akteuren der Kriege in Anspruch genommen und instrumentalisiert. Und darüber erhöhte sich der Druck,

schnell sein zu müssen. Daher nehmen sich die Journalisten kaum noch die Zeit, Aussagen und Meldungen zu überprüfen. Durch die Möglichkeit, Fotos und Botschaften per Mobiltelefon im Netz abzusetzen, bleibt die Identität des Berichtenden oft anonym: [“Für die Seriosität von Nachrichten ist Schnelligkeit ein Nachteil.”](#) “Die Verifizierung wird erschwert und die Transparenz von Informationen ist nicht mehr gewährleistet“, wie Leukefeld an dem Beispiel des angeblich von der syrischen Armee durchgeführten Giftgasangriffs auf Douma darlegt. Für Leukefeld ist es wichtig den Hintergrund von Schlagzeilen in Erfahrung zu bringen.

Daher sind folgende Fragen für sie Antrieb: “Wie leben die Menschen und wie wollen sie leben? Wie wirken sich Krieg und Sanktionen, Interventionen und Bevormundung auf ihr Leben und auf ihren Alltag aus?” Allerdings ging ihr Wunsch, durch Berichterstattung Brücken zu bauen, nicht wirklich in Erfüllung. Sie wurde eine Korrespondentin über Kriege. Kriege, in denen neue militärische Akteure auftreten und die die Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen verwüsten und die durch zusätzliche lokale Konflikte noch komplexer werden. Leukefeld spricht auch an, dass heute Berichte zunehmend von Künstlicher Intelligenz erzeugt werden und kaum noch unterschiedliche Sichtweisen darstellen. “Medien aus anderen Teilen der Erde werden kaum wahrgenommen und wenn – wie aus Russland oder China – als “gesteuert“ dargestellt. Oder sie werden gar ganz verboten.“

[Karin Leukefeld](#), Jg. 1954, Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

#### ● Ulrich Heyden: **Scharfer Wind aus dem Bundestag**

Die Leugnung und Verharmlosung von Kriegsverbrechen und Völkermorden ist seit dem 21.10.2022 als ‘Volkverhetzung’ strafbar. [Der Volksverhetzungsparagraph 130 des Strafgesetzbuches](#) (StGB) wurde verschärft Er wurde u.a. um eine sachfremde Änderung ergänzt, mit der “künftig die Strafbarkeit der öffentlichen Billigung, Leugnung und gröblichen Verharmlosung von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen explizit im StGB genannt werden“. Parallel dazu nehmen in den großen deutschen Medien “Enthüllungen“ über “Putins Gehilfen“ in Deutschland zu. So haben die ‘Bild‘ und der MDR in den letzten Monaten [vor humanitärer Hilfe für die Menschen in Lugansk und Donezk gewarnt, denn das sei “Hilfe für Putin“](#). Für Ulrich Heyden will man mit der Kampagne gegen ‘Putins Gehilfen‘ “die Kritik an den Waffenlieferungen in die Ukraine ganz aus der öffentlichen Debatte verbannen“.

Wolfgang Bittner fragt sich, “wer unter diesen Bedingungen noch wagt, Kritik an problematischen oder auch rechtswidrigen Vorgängen zu äußern, die regierungskonform abgesegnet sind. Die Tragweite der vorgenommenen Gesetzesänderung schein vielen Bundestagsabgeordneten, die dafür gestimmt haben, überhaupt nicht bewusst gewesen zu sein. Hierfür führt Bittner ein Beispiel an: Wer künftig die – bisher unbewiesene – russische Täterschaft an den Morden in Butscha in Zweifel zieht, kann womöglich ernsthafte Probleme bekommen. Und, fragt Bittner, soll etwa auch bestraft werden, wer nach den Ursachen und Verantwortlichkeiten für den Ukraine-Krieg fragt? Damit wären für ihn die Relikte einer [Debattenkultur in Deutschland der um sich greifenden Intoleranz und politischen Fanatisierung endgültig zum Opfer gefallen](#), und Geschichtsforschung wäre mit dem Risiko einer Inhaftierung verbunden.“

[Ulrich Heyden](#), Jg. 1954, studierte Volkswirtschaft und Mittlere und Neuere Geschichte; seit 1992 freier Moskau-Korrespondent für verschiedene Medien; hielt verschiedene Vorträge insbesondere zur Ukraine. Heyden wurde wegen kritischer Berichterstattung aus der Ukraine ausgewiesen; erhielt verschiedene Auszeichnungen. (Red.)

[Wolfgang Bittner](#), Jg. 1941, studierte Rechtswissenschaft, Soziologie und Philosophie in Göttingen und München. Heute freier Schriftsteller. Kritiker der US-Außenpolitik und der Berichterstattung deutscher Medien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Nils Werner: **Wurde die Sowjetunion über den Tisch gezogen?**

In der MDR-Dokumentation "[Die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen – Machtkampf um die deutsche Einheit](#)" werden Darstellungen der damals beteiligten Diplomaten zusammengetragen, nachdem diese aufgrund der 2017 erfolgten Freigabe von Dokumenten aus US-Archiven sich offen äußern dürfen. Demnach bekam die Bundesregierung bei ihrem Ziel der deutschen Wiedervereinigung die Unterstützung der US-Regierung unter George Bush, da sich diese davon versprach, mit einem vereinten Deutschland auch die eigene Führungsrolle in Europa festigen zu können. Washingtons Bedingung: Das neue, vereinte Deutschland müsse NATO-Mitglied sein. Als Ablenkungsmanöver von dieser Prämisse hat der damalige deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher gemeinsam mit dem US-Außenminister James Baker verkündet, dass der Westen bei allen anstehenden Verhandlungen und Gesprächen selbstverständlich Rücksicht auf die strategischen Interessen der Sowjetunion nehmen wird. "Wir waren uns einig, dass nicht die Absicht besteht, das NATO-Verteidigungsgebiet auszudehnen nach Osten", erinnert sich Genscher später. "Das gilt übrigens nicht nur in Bezug auf die DDR, die wir nicht einverleiben wollen, sondern das gilt ganz generell."

Ende Mai 1990 sind der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow und der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse in Washington, wo über US-Hilfspakete für die vor der Insolvenz stehenden Sowjetunion und den Zwei-Plus-Vier-Vertrag gesprochen wird. Dabei stellte der US-Außenminister die Frage an Gorbatschow, ob er glaube, "dass jedes Land wählen darf, welchem Sicherheitsbündnis es sich anschließen will". Worauf Gorbatschow antwortete: "Ja, natürlich". Auch auf die Wiederholung der Frage blieb Gorbatschows Antwort beim Ja, was bei seiner Delegation viel Unruhe und dann Resignation hervorrief. Nachdem Gorbatschow den Machtkampf in Moskau überstanden hat, soll der Zwei-Plus-Vier-Vertrag im September in Moskau unterzeichnet werden. Dort verlangt die britische Premierministerin Margaret Thatcher kurzfristig, dass britische Soldaten im Rahmen von NATO-Manövern auch auf ostdeutschem Territorium zum Einsatz kommen können. Als Siegermacht des Zweiten Weltkriegs könnten die Briten auf dieses ihnen zustehende Sonderrecht auf keinen Fall verzichten. Bis zum frühen Morgen ringen die Diplomaten um eine Lösung. Schließlich wird dem Vertrag vom 12.09.1990 eine Protokollnotiz angefügt: Solange sowjetische Truppen auf dem Boden der DDR stehen, werden dort keine NATO-Truppen stationiert – mit Ausnahme der Bundeswehr (siehe Art. 5 des [Zwei-Plus-Vier-Vertrags](#)).

[Nils Werner](#), Jg. 1971, studierte Germanistik/Kunstgeschichte. Er ist seit 2001 als Journalist und seit 2003 als Filmemacher, Autor und Regisseur beim MDR tätig. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Welt.de: **Archivfund bestätigt Sicht der Russen bei NATO-Osterweiterung**

Von dem Treffen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands im März 1991 zur Sicherheit Polens und anderer osteuropäischer Staaten gibt es ein ehemals geheim eingestuftes Dokument aus dem britischen Nationalarchiv. Bonns Vertreter Jürgen Chrobog erklärte damals laut Vermerk: "Wir haben in den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen [deutlich gemacht, dass wir die NATO nicht über die Elbe hinaus ausdehnen](#). Wir können daher Polen und den anderen keine NATO-Mitgliedschaft anbieten." Auch Briten, Franzosen und Amerikaner lehnten eine NATO-Mitgliedschaft der Osteuropäer ab. US-Vertreter Raymond Seitz sagte: "Wir haben gegenüber der

Sowjetunion klargemacht – bei Zwei-plus-Vier- wie auch anderen Gesprächen –, dass wir keinen Vorteil aus dem Rückzug sowjetischer Truppen aus Osteuropa ziehen werden.“

[Inhalt ↑](#)

● **Wladimir Putin: Rede zur Unterzeichnung der Aufnahmeverträge zu den Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie den Gebieten Saporoschje und Cherson in die Russische Föderation**

Hinsichtlich der unterzeichneten Verträge bezieht sich der russische Präsident auf das in Art. 1 der UN-Charta verankerte unveräußerliche Recht der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung. Für die Menschen, die für dieses Recht ihr Leben gelassen haben, ruft Putin zu einer Schweigeminute auf. In den Referenden habe die abstimmende Bevölkerung ihre Entschlossenheit ausgedrückt, für immer “in ihre wahre, historische Heimat zurückzukehren“. Das “Regime in Kiew“ fordert Putin auf, an den Verhandlungstisch zurückzukehren und “diese freie Willenskundgebung des Volkes mit Respekt zu behandeln“.

Für Putin ist der Westen zu allem bereit, um das neokoloniale System aufrechtzuerhalten und von der Menschheit regelrecht Tribut einzutreiben, sozusagen eine hegemoniale Rente zu beziehen. Daraus resultiert ihre Aggression gegenüber souveränen Staaten, traditionellen Werten und einzigartigen Kulturen. Es gebe keine gleichberechtigte Zusammenarbeit, keine Einhaltung von getroffenen Vereinbarungen, sondern Gier und die Absicht auf uneingeschränkte Macht über ihre Vasallen und über alle anderen, die “auf die Liste der Barbaren und Wilden gesetzt werden sollen“. [Aber Russland werde seine Werte nicht verlassen, diesen Rassismus nie akzeptieren](#). Die Kolonialpolitik des Westens habe schon im Mittelalter begonnen, während Russland “im 20. Jahrhundert die antikoloniale Bewegung angeführt“ habe, bevor sein Staat zerstört wurde und die Reichtümer dem Westen anheim fielen. Für die Wiederherstellung der historischen Einheit drückt Putin seinen Dank aus.

Putin spricht Verbrechen der USA an, wie z.B. den Einsatz von Atombomben in Japan oder den Einsatz von Napalm und chemischen Waffen in Korea und Vietnam oder das faktische Besetzhalten von Deutschland, Japan und anderer Länder oder das Ausspionieren von selbst befreundeten Staatsführern oder Entwicklung biologischer Waffen oder die Nutzung des ukrainischen Getreides zur Schwächung von anderen Staaten oder das Nutzen von Sanktionen und Sabotage zur Schwächung anderer Staaten. “Das Diktat der USA beruht auf roher Gewalt, auf dem Faustrecht.“ Aber die Anwendung dreister Gewalt, Erpressung, Bestechung und Einschüchterung funktioniere bei vielen Staaten nicht mehr. Es komme zur Zusammenarbeit von Staaten mit Russland, obwohl Russland als die Quelle aller Probleme dargestellt werde.

Putin erinnert daran, dass die USA mit dem Zweiten Weltkrieg zur größten Volkswirtschaft der Welt aufgestiegen sei und der Westen die Krise der 80er Jahre durch das Erbe und die Bodenschätze der zusammengebrochenen Sowjetunion überwunden habe. Wenn nun Russland und andere Staaten versuchen, den souveränen Weg der Entwicklung zu nehmen, sei nicht ausgeschlossen, dass der Westen versuche, das System zusammenbrechen zu lassen oder mit Krieg die Probleme lösen zu wollen. Auch wenn die westliche Elite nichts als Raub und Schutzgelderpressung zu bieten habe, hofft Putin, dass es möglich ist die Hitzköpfe zur Vernunft zu bringen.

Der russische Präsident spricht klar aus, dass durchnummerierte Elternteile, weitere Geschlechter außer Mann und Frau oder das Angebot der Geschlechtsumwandlung an Kinder in Russland inakzeptabel sind. Die “totale Verleugnung des Menschen, die Untergrabung des Glaubens und der traditionellen Werte, die Unterdrückung der Freiheit“ bezeichnet Putin als Satanismus, als giftige Früchte.

Aber die Mehrheit der Weltgemeinschaft finden sich nach Putin in neuen Entwicklungszentren, in einer antikolonialen Befreiungsbewegung zusammen, wodurch die künftige geopolitische Realität bestimmt werde.

Die Rede Putins ist in weiteren Übersetzungen zu finden: [Die Weltwoche](#), [Anti-Spiegel](#).

[Wladimir Putin](#), Jg. 1952, ausgebildeter Jurist; von 1999 bis 2000 und von 2008 bis 2012 Ministerpräsident, von 2000 bis 2008 und seit 2012 Staatspräsident der Russischen Föderation. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Lou Marin: **In meinem unmittelbaren Umfeld hat mich niemand dafür kritisiert**

Entgegen dem Eindruck, den das mediale Getöse erweckt, herrschen [in der Ukraine keineswegs einhelliger Hurra-Patriotismus und Kriegsbegeisterung](#). Nach Lou Marin versuchen immer mehr Männer, sich durch Flucht dem Kriegsdienst zu entziehen – und zunehmend werde die internationale Presse (Le Monde, L'Humanité, Zeit) darauf aufmerksam. Auch Organisationen wie DFG-VK und 'Connection e.V.' würden berichten. Es ist bisher nur ein zartes Pflänzchen individueller Subversion, doch wecke es Hoffnung auf eine wachsende Kriegsmüdigkeit und Verweigerungshaltung der Bevölkerung auf beiden Seiten, die das Blutvergießen beenden könnten. In der BRD werde das generelle Recht auf Kriegsdienstverweigerung selektiv gehandhabt: russische Verweigerer dürfen auf Asyl hoffen, ukrainische Zwangsverpflichtete nicht.

[Lou Marin](#), Jg. 1961, Autor und Mitherausgeber der Zeitschrift "Graswurzelrevolution", Mitarbeiter am Lexikon der Anarchie. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Hintergrund: **Forderungen nach Deeskalation und Frieden**

Angesichts der Verschärfung im Krieg zwischen Russland und der Ukraine rufen verschiedene Akteure zur Deeskalation auf. So haben z.B. der ehemalige US-Generalstabschef Mike Mullen und der Top-Diplomat Michael von der Schulenburg [für eine Verhandlungslösung im Krieg zwischen der Ukraine und Russland appelliert](#). Aus der deutschen Friedensbewegung haben der Direktor des Internationalen Friedensbüros, Reiner Braun, und der Bundesvorsitzende der Naturfreunde, Michael Müller, Bundeskanzler Olaf Scholz und die G-7-Staaten am 11.10.2022 zum Stopp der Eskalation aufgerufen. Ein Bündnis aus verschiedenen Akteuren der Friedensbewegung mobilisiert schließlich für den 22.10.2022 zu einer Demonstration am Fliegerhorst Nörvenich bei Köln, wohin die auf dem Fliegerhorst Büchel (Eifel) stationierten Tornado-Kampffjets derzeit verlegt sind. Anlass ist das NATO-Atomkriegsmanöver "Steadfast Noon", bei dem u.a. geübt werden soll, wie Atombomben aus unterirdischen Lagern an Tornado-Kampffjets angebracht und diese Bomben im Einsatzziel abgeworfen werden. Für den 19.11.2022 ruft die Friedensbewegung in Deutschland unter dem Motto "Stoppt das Töten in der Ukraine" zu dezentralen Aktionen auf.

Das Nachrichtenmagazin '[Hintergrund](#)' wurde 1993 gegründet. Die Print-Ausgabe erscheint seit 2008 alle drei Monate. Parallel werden mehrmals wöchentlich Kurzartikel und Meldungen online gestellt. Das Magazin und der Online-Auftritt erscheinen werbefrei. Verlag und Redaktion arbeiten konzernunabhängig und stehen weder einer Partei noch einer anderen Organisation nahe. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Tagesschau: Mehr diplomatische Initiativen gefordert**

SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich hat Außenministerin Annalena Baerbock aufgefordert, sich stärker [für eine diplomatische Lösung im Ukraine-Krieg](#) einzusetzen. Er fühle sich durch Meinungsumfragen unterstützt, nach denen 60% der Deutschen mehr diplomatische Initiativen wollten. Es komme am Ende auf eine "Balance" zwischen dem Selbstverteidigungsrecht der Ukraine und der Diplomatie an, so Mützenich weiter. Die vergangenen Wochen hätten bewiesen, dass diplomatischer Fortschritt möglich sei. So habe trotz massiver militärischer Auseinandersetzungen ein großer Gefangenenaustausch stattgefunden. Auch die Übereinkunft über die Getreidelieferungen sei ein "leidlicher Erfolg". Auch der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer befürwortet größere diplomatische Anstrengungen, um den Krieg zu beenden. Und Sanktionen seien zwar besser als Waffeneinsatz, aber die Sanktionen gegen Russland bauten sich gerade als Tsunami gegen die deutsche Wirtschaft auf.

Nachdem die ursprüngliche Ausgabe (03.10.2022) der Schwarzen Liste von "Sprechern, die mit der russischen Propaganda übereinstimmende Narrative verbreiten" vor kurzem nach internationalem Druck von der Webseite vom "Zentrum gegen Desinformation des nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats der Ukraine" (CCD) in Kiew genommen worden war, wurde sie am 05.10.2022 wieder in erweiterter Form veröffentlicht. Auf dieser Liste werden derzeit über 70 [internationale Persönlichkeiten, die von der NATO-Linie abweichen, zu "Informationsterroristen" erklärt](#), die als "Kriegsverbrecher" verurteilt werden sollten, darunter auch Frauenrechtlerin Alice Schwarzer und den SPD-Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich. Das CCD wurde von NATO, USA und EU-Partnern in der EU aufgebaut und wird von diesen unterstützt. In Deutschland werden für die "laufenden Aktivitäten von Ressorts und Behörden gegen Desinformation im Zusammenhang mit RUS [Russlands] Krieg gegen UKR [die Ukraine]" verschiedene Ministerien eingesetzt. Am 05.11.2022 beschwerte sich Mützenich darüber, dass die ukrainische Regierung ihn auf eine "Terrorliste" gesetzt habe, weil er für einen Waffenstillstand mit Russland eintrete. [Die Liste ist mittlerweile gelöscht](#).

*[Rolf Mützenich](#), Jg. 1959, studierte Politikwissenschaft, Geschichte und Wirtschaftswissenschaft. Nach der Promotion übernahm er verschiedene Tätigkeiten im Landtag und in der Landesregierung NRW. Seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- **Gabriele Krone-Schmalz: Vortrag: Russland und die Ukraine**

Bei einer Veranstaltung in Reutlingen hat Frau Krone-Schmalz ihre Kenntnisse und Einschätzungen zum Krieg in der Ukraine dargestellt und ist auf Fragen aus dem Publikum eingegangen. Der Hauptteil ihres Vortrags beleuchtet die Hintergründe der schrecklichen Entwicklung bis zu dem seit dem 24.02.2022 stattfindenden Ukraine-Krieg. Sie vertritt weiterhin die Ansicht, dass man [im Interesse eines friedlichen Zusammenlebens immer auch die andere Seite verstehen wollen muss](#) und wirbt weiterhin um Verständnis dafür, dass sowohl Russland, aber auch die ehemals von der Sowjetunion beherrschten Staaten Sicherheitsinteressen haben. Sie verurteilt den Angriffskrieg Russlands wie sie überhaupt jeden Krieg als Mittel der Politik ablehnt und sieht darin noch nicht einmal eine sinnvolle Vertretung russischer Sicherheitsinteressen. Sie wünscht sich besonnene und mutige Politiker auf allen Seiten, um weitere Zerstörungen und Tote zu vermeiden. (Video, 1h35min)

*[Gabriele Krone-Schmalz](#), Jg. 1949, studierte Osteuropäische Geschichte, Politische Wissenschaften und Slawistik; deutsche Fernsehjournalistin und Autorin, Mitglied im 'Petersburger Dialog' und im Kuratorium 'Deutsch-Russisches Forum'. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- **Guy Mettan: Die Ukraine und der Zusammenbruch der westlichen Werte**

Nach Guy Mettan wird für einen Vertreter des westlichen Establishments, wie Timothy Snyder, beim Krieg in der Ukraine darüber entschieden, "welche Prinzipien im 21. Jahrhundert vorherrschen werden – eine Politik des Massenmords oder eine Politik, die die Menschenwürde verteidigt. Es steht die Zukunft der Demokratie auf dem Spiel." Mettan stellt diese Sicht in Frage. Nach der von Mettan dargelegten Entwicklung in Europa in den letzten Jahrzehnten habe dabei der Westen [alle seine Werte, seine moralischen Grundsätze und seine Vorbildfunktion selbst zerstört](#), glaube aber immer noch an seine eigene Propaganda. In Bezug auf den Ukraine-Konflikt bedeutet das für Mettan: "Was auch immer die Ereignisse und der Ausgang dieses Konflikts sein mögen und wer auch immer die Verantwortung trägt, es ist zu befürchten, dass Europa nur noch sich selbst täuscht und dass dieser Krieg, der im Namen der Moral auf Kosten der Ukrainer geführt wird, nur die Maske eines unstillbaren Willens nach universeller Räuberei und globaler Hegemonie ist, den die anderen sechs Milliarden Bewohner des Planeten schon länger nicht mehr goutieren."

*[Guy Mettan](#), Jg. 1956, ist Politologe und Journalist. Seine journalistische Karriere begann er 1980 bei der heutigen 'Tribune de Genève' und wurde 1992 deren Direktor und Chefredakteur. Seit 1998 ist er politisch tätig, u.a. als Stadtrat von Genf, seit 2001 im Großen Rat des Kantons Genf. Heute arbeitet er auch als freischaffender Journalist und Buchautor. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- **Guido Biland: Beim Ukraine-Krieg geht es auch um den Dollar als Leitwährung**

In den meisten wirtschaftsstarken Regionen ist das BIP (Bruttoinlandsprodukt) pro Kopf höher als in den USA und die Staatsverschuldung pro Kopf viel geringer als in den USA. Dass sich die USA die hohe Verschuldung leisten können, liegt nach Guido Biland "daran, dass die USA eine wirtschaftliche und militärische Supermacht sind und der Dollar die globale Leitwährung ist". Die ständige Nachfrage nach Dollars ergab sich seit Anfang der siebziger Jahre dadurch, dass Erdöl ausschließlich gegen Dollar verkauft wurde. Damit das so bleibt, müssen die USA den Welthandel dominieren und militärisch omnipräsent sein. Darum brauchen die USA die NATO. Und darum gaben sie letztes Jahr ca. 800 Mrd. USD für Rüstung aus. [Würde der Dollar über eine einbrechende Nachfrage seine Funktion als Leitwährung verlieren](#), würde das "eine verheerende Finanzkrise in den USA auslösen und wahrscheinlich zum Kollaps des Wirtschaftssystems führen. Eine Währungsreform wäre unvermeidlich". Inzwischen sind dem Dollar mit dem chinesischen Yuan und dem europäischen Euro Konkurrenzwährungen erwachsen, die das schuldenbasierte Wohlstandsmodell und damit die globale Vormachtstellung der USA bedrohen. Um die Vormachtstellung zu stabilisieren, müssen Russland und China, aber auch Deutschland und die Eurozone durch militärische Konflikte geschwächt werden. Unter diesem Aspekt sind die USA für Biland die größten Nutznießer des Ukraine-Krieges.

*[Guido Biland](#), Jg. 1964, ist freischaffender Schweizer Journalist. Seit 22 Jahren ist er Inhaber und Geschäftsführer der Firma [alphatext.com](#), die Auftragstexte für Schweizer Unternehmen produziert. Er ist "Pazifist ohne Wenn und Aber" und verurteilt deshalb auch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- **Christian Kreiß: Des einen Leid, des anderen Freud'**

Spätestens seit dem Anschlag auf die Nord-Stream-Pipelines steht die deutsche Industrie durch die hohen Energiepreise vor einer dramatischen Lage, in der deutsche Unternehmen acht- bis neunmal so hohe Preise für Erdgas zahlen müssen wie die US-Konkurrenz. US-Finanzkonzerne scharren derweil bereits mit den Hufen, um die bislang für sie unerreichbaren deutschen

Mittelständler aufzukaufen. Für den Ökonomen Christian Kreiß befindet sich Deutschland nicht nur im Wirtschaftskrieg gegen Russland, sondern [auch in einem Wirtschaftskrieg gegen die USA](#), auch wenn dies bislang nicht thematisiert werde. Angesichts ihrer Überkapazitäten in der Produktion versuchten die USA eine Schwächung oder Eliminierung der ausländischen Konkurrenz zu erreichen. In dieser Situation befürchten die deutschen Konzerne eine Deindustrialisierung in der BRD. Martin Wansleben (DIHK) sieht Deutschland am Ende um 20% bis 30% ärmer dastehen und fragt sich, wie dies Menschen, die z.B. von den Tafeln abhängig sind, überstehen sollen.

[Christian Kreiß](#), Jg. 1962, studierte Volkswirtschaftslehre und war neun Jahre als Bankier tätig. Seit 2002 arbeitet er als Professor an der Hochschule Aalen für Finanzierung und Volkswirtschaftslehre. Kreiß setzt sich seit Jahren für eine gerechtere Wirtschaft und Gesellschaft ein und fordert kritisches und aufgeklärtes Verbraucherverhalten. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Eberhard Hamer: **Sind deutschen Politikern die Wähler egal?**

Auf den tiefen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Riss zwischen Theorie und Praxis, zwischen Ideal und Wirklichkeit, zwischen Anspruch und Realität, geht Eberhard Hamer ein. Für ihn gehen die Angloamerikaner letztlich ihren Interessen nach, Demokratie werde "nur formal vorgeschützt". Er weist auf die widersprüchliche Ökopolitik und Agrarpolitik, auf die Deutschland schädigende Sanktionspolitik gegen Russland und auf die Geschenke an die Konzerne im Rahmen der Gaspolitik hin. Hamer fühlt sich dabei an Gaetano Mosca erinnert, der 1939 darauf hinwies, dass politische Eliten [nicht "das Wohl des Volkes" und dessen Interessen im Auge](#) hätten. Es ginge ihnen nur um Mehrheiten für die eigene Wiederwahl, sonst aber um eigene Interessen oder die Interessen von Mächtigeren, von denen sie abhängig seien. Nun habe auch Außenministerin Baerbock zugegeben, dass ihr egal ist, was die Wähler denken und wollen. Diese Regierung handelt nach Hamer "nicht im Interesse ihrer Wähler, auch trotz Eides nicht 'zum Wohle des deutschen Volkes', sondern im Interesse der Kolonialmacht, der internationalen Hochfinanz (Merz, Lindner) oder realitätsfremder Öko-Ideologie".

[Prof. Eberhard Hamer](#), Jg. 1932, studierte Volkswirtschaft, Recht und Theologie; Rechtsanwalt, Unternehmer, bis 1995 Professor für Wirtschafts- und Finanzpolitik in Bielefeld; Gründer und Präsident des 'Mittelstandsinstituts Niedersachsen' in Hannover und der 'Deutschen Mittelstandsstiftung'; Begründer der neuen 'Mittelstandsökonomie der personalen Wirtschaft und der Inhaberbetriebe'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑